

## »Jeder Stein der neuen Stadt trägt unsichtbar die Lettern: Frieden« Friedensbezüge im Erinnern an die Luftangriffe auf Dresden

Matthias Neutzner

Für Juan<sup>1</sup>

I.

Ende September 1945 bilanzierte die Militärkommission des *United States Strategic Bombing Survey* den alliierten Bombenkrieg gegen Deutschland. In ihrem zusammenfassenden Bericht äußerten die Gutachter die Vermutung, die wichtigste Langzeitwirkung dieser enormen militärischen Anstrengung werde wohl von der »schrecklichen Lektion« ausgehen, die dem deutschen Volk erteilt worden war. Es habe nun selbst »die volle Wucht des modernen Krieges mit all seinem Schrecken und seinem Leid« erfahren müssen. »Das wird die deutsche Nation lange prägen.«<sup>2</sup>

Tatsächlich hinterließen die alliierten Bombardements in nahezu allen deutschen Großstädten und in Hunderten weiterer Orte schwere Zerstörungen. Zwischen Lübeck und München, zwischen Hamburg, Berlin und Dresden wurden die devastierten Städte zum augenfälligen Zeichen nicht nur der militärischen Niederlage und des gesellschaftlichen Zusammenbruchs, sondern auch der Totalität einer Kriegführung, die nicht mehr zwischen Kombattanten und Zivilisten unterschied. In die Biographien vieler Millionen Deutscher war Krieg nun unmittelbar als verstörende, oft traumatische Erfahrung eingeschrieben. Anders als die nicht minder nachwirkenden Leid-Erzählungen vom Tod der Väter oder Söhne an den Fronten oder in der Kriegsgefangenschaft, von Flucht oder Vertreibung, hinterließ der Bombenkrieg eindrucksvolle Orte und für Millionen Menschen nachvollziehbare Erzählbilder, auf die sich individuelles und kollektives Erinnern beziehen konnte. Der enorme, oft unwiederbringliche Verlust von kulturellem Erbe und von Bezugspunkten lokaler Identität weitete den Kreis der Betroffenen über die unmittelbaren Zeugen der Luftangriffe hinaus. Bis in die Gegenwart hinein ist der Wiederaufbau der deutschen Städte ein gesellschaftliches Thema; noch immer wird mit erheblichem emotionalen Aufwand um die Rückgewinnung zerstörter Symbolbauten und verlorener urbaner Qualität gerungen – von Protagonisten, die längst nicht mehr der Erlebnisgeneration des Krieges angehören. Jahr für Jahr stimulieren die geschichtlichen Symboldaten und Symbolorte des Bombenkrieges vielfältige Formen kollektiven Erinnerns und geschichtspolitische Manifestationen unterschiedlichster Akteure.

Haben sich also die Prognosen der US-amerikanischen Gutachter aus dem Jahr 1945 erfüllt? Ihre Analysen mündeten implizit in der Hoffnung, dass die leidvolle eigene Kriegserfahrung die Deutschen nunmehr nachhaltig von neuerlichen militärischen Aggressionen abhalten würde. Dieses ist, verglichen mit der Dimension der Verbrechen des »Dritten Reichs«, tatsächlich eingetreten – auch wenn sich Deutschland seit 1999 neuerlich an Kriegen beteiligt. Welchen Einfluss aber hatten die Kriegserfahrungen der Deutschen tatsächlich auf diese Entwicklungen? Wurden nicht die leidvollen

---

<sup>1</sup> Juan Gutierrez, \* 1932. Spanischer Ingenieur und Philosoph. Gründungsdirektor des Friedensforschungszentrums Gernika Gogoratuz. Freund und Lehrer.

<sup>2</sup> The United States Strategic Bombing Survey, Maxwell AFB, Alabama 1987, S. 12, 37.

Erinnerungen rasch vom Optimismus wirtschaftlichen Aufschwungs, von den Verheißungen neuer gesellschaftlicher und kultureller Orientierungen verdrängt? Stand dem öffentlichen Bezug auf eigenes Leid nicht vor allem die Konfrontation mit kollektiver Verantwortung oder persönlicher Schuld für die Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschlands entgegen? Wie hätte aber eine kollektive Erfahrung, die nur partiell öffentlichen Ausdruck fand, Einfluss auf die Ablehnung militärischer Gewalt oder gar auf aktives Friedensengagement haben können? – Andererseits: Sind die Erinnerungen nicht in der eingeschränkten Öffentlichkeit der Familien, der Kirchen, der Kunst ungebrochen tradiert worden? Hat es nicht seit 1945 immer wieder gezielte Rückgriffe politischer, auch staatlicher Akteure auf die Leid-Erzählungen der Deutschen gegeben? Führte nicht die Zeitzeugenschaft von militärischer oder terroristischer Gewalt an anderen Orten der Welt dazu, dass die Kriegserfahrungen hierzulande erneut abgerufen wurden? Hat dies alles nicht auch die Konjunkturen der Friedensbewegung im Westen wie im Osten Deutschlands beeinflusst?

Die Fragestellungen deuten die Komplexitäten, Bedingtheiten, Ambivalenzen und Widersprüche an, die im Erinnern der Deutschen an den Krieg zu beobachten sind. Ihnen nachzugehen würde mehr Raum erfordern, als ihn dieser kurze Text bietet. So sollen einige dieser Einflüsse und Entwicklungen im Folgenden am Beispiel des Bombenkrieges – konkreter: der Rezeption der wohl am stärksten symbolisch verdichteten deutschen Bombenkriegserzählung – skizziert werden.

## II.

»Wer bei uns mit dem Gedanken des Krieges spielt, den muß man in sittlicher und moralischer Hinsicht aufklären, aber vielleicht wirkt stärker als alles Belehren der eine Anruf: Dresden!«<sup>3</sup> Als Victor Klemperer diese Hoffnung formulierte, lagen die Luftangriffe des Februar 1945, die über Dresden einen Feuersturm entfacht hatten, gerade einmal fünf Jahre zurück. Wer die Stadt zu queren hatte, befuhr eine halbe Stunde lang auf freigelegten Straßenbahntrassen eine Landschaft aus verwitternden Ruinen, in der menschliches Leben erloschen war. Quartier um Quartier wurden die Reste der Bauten gesprengt, abgetragen, verladen und auf den Uferwiesen entlang der Elbe verkippt. Anstelle des einst dichtbebauten Stadtzentrums erstreckte sich bald eine gleichförmige Steppe, aus der nur die wenigen für den Wiederaufbau bestimmten Gebäude aufragten. Am menschenleeren Neumarkt weideten Schafe.

Die entstellte Stadt erinnerte tagtäglich an den Krieg. Hier benötigte Klemperers Anruf keine weitere Erklärung. Sein Text, erschienen in einer Berliner Wochenzeitung, richtete sich jedoch an ein nationales Publikum. Weit jenseits der Stadtgrenzen sollte das Beispiel Dresden auch jene zum Frieden mahnen, deren Kriegserfahrungen sich mit anderen Orten verbanden oder die vom Krieg verschont geblieben waren. »Dresden« stand als symbolhafte Geschichtserzählung stellvertretend für den Bombenkrieg, mehr und mehr auch für die Gewalterfahrung der Zivilisten im Krieg insgesamt.

---

<sup>3</sup> Victor Klemperer, »Der Höllentanz«, in: Deutschlands Stimme, Berlin, 10.2.1950.

Wie kam es dazu?<sup>4</sup> Das Geschichtssymbol Dresden ist vor allem ein Produkt politischer Instrumentalisierung des Erinnerns an das Geschehene: In einer konzentrierten Kampagne war es der deutschen Kriegspropaganda bereits im Februar und März 1945 gelungen, die Dresdner Katastrophe anklagend als Höhepunkt des alliierten Bombenkrieges, als beispielhafte Opfererzählung der Deutschen im Krieg zu positionieren. Man fälschte die Zahl der getöteten Menschen auf ein Vielfaches, transportierte wirkmächtige Erzählbilder des nächtlichen Feuersturms und verbarg die militärische Bedeutung der Stadt hinter der mythischen Ausstrahlung des »Elb-Florenz«. »Dresden« wurde zum doppelten Superlativ der einzigartigen Vernichtung einer einzigartigen, unschuldigen Kunststadt.

Auch nach der Niederlage des »Dritten Reichs« nutzen die neuen Machthaber im Osten Deutschlands die bereits weithin verbreitete symbolhafte Dresden-Erzählung mit ihren Verdrängungen, Verfälschungen und Überhöhungen unverändert weiter: Zunächst zur Mobilisierung für den antifaschistischen Wiederaufbau, danach ab 1949 im Kalten Krieg als Anklage gegen den imperialistischen Westen, den man geschichtsphilosophisch als wesensverwand mit dem »Faschismus« behauptete. Rasch erreichten die öffentlichen Gedenkinszenierungen am 13. Februar, dem Jahrestag der Luftangriffe, eine nationale, auch europäische Dimension. Während der vier Jahrzehnte DDR blieb das zentrale Motiv der staatlichen Inanspruchnahme des Symbols Dresden – trotz wechselnder Intensität, changierender Deutungen und pragmatischer tagespolitischer Operationalisierung – konstant: Frieden. Mit dem Verweis auf die Leistungen im Wiederaufbau stellte sich die DDR als Friedensstaat dar, der die gesellschaftlichen Wurzeln des Krieges kompromisslos beseitigt habe. Dem Westen dagegen wies man nicht nur die historische Schuld für die Zerstörung Dresdens zu, sondern warf ihm neuerliche militärische Aufrüstung, Konfrontation und »Kriegshetze« vor. Dies blieb nicht ohne Erfolg: Den Überlebenden des Krieges erleichterte das offizielle Friedensbekenntnis die Identifikation mit dem ostdeutschen Staat und seinem Gesellschaftssystem. Auf die Verletzungen in den Biographien der Kriegsgeneration antwortete die staatliche Propaganda mit: »Sozialismus – Garant des Friedens«.

Die gesellschaftliche Bindekraft dieses Postulats schwankte über die Jahrzehnte; sie verlor sich weitgehend in der ersten Hälfte der 1980er Jahre angesichts verstärkter militärischer Rüstungen, mit zunehmender Militarisierung von Propaganda und Erziehung in der DDR und vor allem vor dem Hintergrund der insgesamt krisenhaften gesellschaftlichen Entwicklung. In Dresden führte im Februar 1981 eine Initiative junger Friedensaktivisten aus dem Umfeld der Kirchen dazu, dass nunmehr öffentliche Ausdrucksformen des Erinnerns an die Zerstörung der Stadt entstanden, die sich von den staatlichen Inszenierungen abgrenzten. Sie begründeten ein schweigendes Gedenken vor der eindrucksvollen Ruine der Frauenkirche, während die Kirchen diesen Impuls mit alljährlichen ökumenischen Friedensgottesdiensten aufgriffen – beides einander ergänzende Plattformen einer kritischen Auseinandersetzung mit der Gesellschaftsordnung. Während man vor der Kirchrüine mit Kerzen in der Hand leise »Dona nobis pacem« sang, thematisierten die von Tausenden Dresdnern besuchten Gottesdienste geschichtliche Verantwortung und die Sorge um den Frieden in bislang ungekannter politischer Offenheit und Öffentlichkeit. Folgerichtig nutzte der Dresdner Stadtökumenekreis die Aura

---

<sup>4</sup> Für eine ausführliche Darstellung siehe: Matthias Neutzner, »Vom Anklagen zum Erinnern. Die Erzählung vom 13. Februar«, in Oliver Reinhard, Matthias Neutzner und Wolfgang Hesse (Hrsg.): »Das rote Leuchten. Dresden und der Bombenkrieg«, Dresden 2005, S. 128-163.

des symbolhaften Jahrestages, um am 13. Februar 1986 zu einem »konziliaren Prozess« aufzurufen, der in eine DDR-weite »Ökumenische Versammlung« der Kirchen »für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung« mündete.

In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre weitete sich das Spektrum der Aktivisten und Gruppen innerhalb und außerhalb der Kirchen zu einer vielgestaltigen, nichtstaatlichen Friedensbewegung in der DDR. Sie bezogen sich immer wieder auf das Symbol Dresden – nunmehr jedoch nicht allein auf die damit verbundene Leid-Erfahrung, sondern auch auf die persönliche und kollektive Mitschuld der Deutschen an Krieg und NS-Verbrechen. Die Erinnerung an den Feuersturm aktualisierte sich in der Sorge vor einem neuerlichen, gar nuklearen Krieg; der Bezug auf die geschichtliche Verantwortung stützte die Aufrufe zum Engagement – auch gegen die herrschende Gesellschaftsordnung. Die Dresdner Kerzenprozessionen am 13. Februar kündeten bereits den Aufbruch im Herbst 1989 an, der schließlich das politische System der DDR implodieren ließ.

### III.

»Wann immer wir unter den vielen Entbehrungen und Schwierigkeiten der Nachkriegsjahre litten«, erinnerte sich die Dresdnerin Nora Lang, »trösteten wir uns gegenseitig: Hauptsache kein Krieg! Hunger, Mangel an vielem, Not und Enttäuschung – egal, Hauptsache kein Krieg!«<sup>5</sup> Für die Überlebenden des Krieges war es weithin selbstverständlich, militärische Gewalt prinzipiell abzulehnen oder zumindest in Frage zu stellen. Diese Haltung fand ihren Ausdruck in zahllosen künstlerischen Reflexionen, in den Friedensbitten religiöser Rituale, im Diskurs der Familien und sozialen Gruppen. Wo die biographischen Erfahrungen zu pazifistischer Überzeugung führten, stand sie bald – mit der Wiederbewaffnung in beiden deutschen Staaten und den Zuspitzungen des Kalten Krieges – im Gegensatz zur gesellschaftlichen Wirklichkeit. Zeigte ein Dresdner Werbefilm aus dem Jahr 1946 noch Jugendliche, die das Kriegsgerät aus dem Dresdner »Heeresmuseum« auf den Schrott warfen, so wurde die traditionsreiche Garnisonsstadt wenige Jahre später wieder ein bedeutender Militärstandort. Auch in Dresden bot die staatlich kontrollierte Öffentlichkeit der DDR-Gesellschaft keinen Raum, dies kritisch zu hinterfragen. Zwar wurden die Friedensbekundungen der Dresdner Zeitzeugen vielfältig in die Gedenkinszenierungen zum 13. Februar einbezogen, blieben aber strikt an die staatlich vorgegebenen Deutungen gebunden.

Die politischen Vorgaben der DDR-Führung bestimmten gleichermaßen, welche Bezüge auf zeitgenössische militärische Gewalt im offiziellen Dresdner Gedenken aufgegriffen wurden: Die Kriege in Korea und Vietnam beispielsweise fanden prominent Eingang in die staatliche Agitation, die eine Traditionslinie »imperialistischer Untaten« von Coventry über Dresden bis My Lai zeichnete. Regelmäßig traten Vertreter aus Staaten, die von militärischer Gewalt des Westens betroffen waren, auf den jährlichen Großkundgebungen am 13. Februar in Dresden auf. Ihre Berichte fanden durchaus Resonanz im Erinnern der Dresdner und bekräftigten die manifeste Ablehnung des Krieges in der Bevölkerung.

---

<sup>5</sup> Nora Lang, Botschaft zur Veranstaltung GeDenken, 13.2.2004, [http://www.dresden1945.org/dresden2004/gedenken\\_text\\_2\\_1.htm](http://www.dresden1945.org/dresden2004/gedenken_text_2_1.htm), abgerufen: 30.6.2012.

Im Bemühen der staatlichen Funktionäre, am Beispiel Dresden aus dem Kontrast von »angloamerikanischem Terror« und »Friedensstaat DDR« außenpolitisches Kapital zu schlagen, festigte sich die Aura des Geschichtsortes. Dresden wurde nun international als Beispiel und Argument in politischen Diskursen geläufig. Als Stellvertreterort für das Leid der deutschen Bevölkerung zog die Stadt zudem exemplarische Gesten der Versöhnung auf sich. Besondere Ausstrahlung erreichten die Initiativen der Kathedrale Coventry, die in der Mitte der 1960er Jahre mehrfach jugendliche Helfer für den Wiederaufbau eines christlichen Krankenhauses nach Dresden entsandte und dessen Kirche in den Verbund ihrer »Nagelkreuzzentren« aufnahm. Während staatlicherseits versucht wurde, solche Initiativen zu kontrollieren und außenpolitisch zu nutzen – beispielsweise über offizielle Partnerstadtbeziehungen –, ließen sie gleichzeitig ein Netzwerk nichtstaatlicher Akteure entstehen, das für die spätere Emanzipation des Dresdner Erinnerns wichtig wurde. Insbesondere die institutionalisierten Beziehungen der Kirchen, aber auch persönliche Verbindungen zu westeuropäischen Friedensbewegungen inspirierten und legitimierten die widerständigen Aktivitäten der 1980er Jahre.

#### IV.

»Gemeinsam wollen wir uns der Vergangenheit stellen, dort wo Deutsche die Täter waren, aber auch wo Deutsche zu Opfern wurden. Und gemeinsam müssen wir dafür kämpfen, daß sich Krieg und Totalitarismus, Gewaltherrschaft und Verlust von Heimat nie mehr wiederholen.«<sup>6</sup> In seiner Dresdner Rede zum 50. Jahrestag der Luftangriffe machte Bundespräsident Roman Herzog deutlich, welche Schwerpunkte die Auseinandersetzung mit dem symbolhaften Erinnerungsort nach der Wiedervereinigung Deutschlands prägten. Seine Formulierung »gemeinsam« bezog sich sowohl auf die Deutschen in Ost und West als auch auf einen europäischen Kontext, innerhalb dessen nun Geschichtsbilder und Vergangenheitsbezüge unter veränderten politischen Rahmenbedingungen neu auszuhandeln waren. Dresden wurde dabei als nationaler und europäischer Erinnerungsort bekräftigt und zum exemplarischen Gegenstand hoch kontroverser Debatten. Die zeitlich nahen Symboldaten 27. Januar (Tag der Befreiung von Auschwitz) und 13. Februar markierten die Pole der Auseinandersetzung, in der um die Berechtigung gestritten wurde, angesichts deutscher Verbrechen auch das Leid der Deutschen in das Erinnerungsfundament des »neuen« Europa aufzunehmen.

Dieser geschichtspolitische Diskurs überstrahlt seitdem die Friedensmahnung im Dresdner Erinnern. Vor dem Hintergrund einer starken Fragmentierung und inhaltlichen Differenzierung, angesichts auch der parteipolitischen Aufladung der lokalen Erinnerungsaktivitäten blieb das Friedensmotiv vielfach entweder allein deklamatorisch oder nur schwach hörbar. Nach 1990 – und im Gegensatz zum Jahrzehnt zuvor – gingen vom »Mainstream« des Dresdner Gedenkens keine prägenden Impulse für die europäische Friedensbewegung mehr aus. Daran änderte auch die wichtigste geschichtspolitische Aktivität in Dresden, der Wiederaufbau der Frauenkirche, nichts. Die von den Initiatoren abgegebene Selbstverpflichtung, ein »christliches Weltfriedenszentrum« errichten zu wollen, blieb uneingelöst.

---

<sup>6</sup> Roman Herzog, Ansprache des Bundespräsidenten zum 50. Jahrestag der Zerstörung von Dresden im Zweiten Weltkrieg, 13.2.1995, [http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Roman-Herzog/Reden/1995/02/19950213\\_Rede.html](http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Roman-Herzog/Reden/1995/02/19950213_Rede.html), abgerufen: 30.6.2012.

Das Gebäude scheint als Versöhnungsgeschenk entgegen genommen, nicht aber als Verpflichtung zu weitreichendem Engagement verstanden zu werden.

Gleichwohl provozierten die Kriege nach 1990 – insbesondere jene auf dem Balkan, im Irak und in Afghanistan – immer wieder internationale Anfragen an Dresden. Sie wirkten als Katalysatoren für Rückbezüge auf die lokale Kriegserinnerung und lösten öffentliche Anteilnahme aus, stimulierten aber auch kritische Anfragen einzelner Akteure an die deutsche Politik – so insbesondere zum militärischen Engagement und zur Rüstungswirtschaft Deutschlands. Ein im Jahr 2004 bürgerschaftlich erarbeitetes Grundsatzdokument, der »Rahmen für das Erinnern«, benannte die »Verpflichtung zum Einsatz für Frieden« als zentrale Motivation im gemeinsamen Vergangenheitsbezug.

Zum gleichen Zeitpunkt spitzten sich jedoch die geschichtspolitischen Auseinandersetzungen nach dem Einzug der NPD in den sächsischen Landtag und in den Dresdner Stadtrat zu. Der Jahrestag der Luftangriffe wurde zum zentralen Event rechtsradikaler Gruppen, die Dresden für Demonstrationen mit mehreren tausend Teilnehmern aus ganz Europa nutzten. Diese neue Dimension eines öffentlichen Geschichtsrevisionismus provozierte bundesweiten Widerstand. In der Folge polarisierte sich das Dresdner Geschehen entlang zweier Konfliktlinien – der zwischen rechtsradikalen und demokratischen Akteuren, aber auch der zwischen den Positionen eines konfrontativen, teils auch militanten Widerstands gegen »Rechts« einerseits und weniger aktivistischen, teils tradierten Schwerpunktsetzungen im öffentlichen Erinnern andererseits. Die Zuspitzungen dieser geschichtspolitischen Konflikte nahmen bis 2011 immer dramatischer Formen an; die unterschiedlichen Positionen wurden mit zunehmend militarisierter Sprache und wachsender Gewaltbereitschaft verteidigt. Öffentliche Aktionen mehrerer Zehntausend Menschen, offene Gewalt auf den Straßen und alljährlich einer der größten Polizeieinsätze der Bundesrepublik waren die Folge.

Seither ist nach einem mühsamen Moderationsprozess zumindest ein fragiler Aktionskonsens unter den Akteuren des demokratischen Spektrums erreicht worden, der jedoch immer wieder durch geschichtspolitische Gegensätze und durch parteipolitische Instrumentalisierung gefährdet wird. Der Erinnerungsort Dresden steht im Jahr 2012 nicht für eine aktive, weltzugewandte und kritische Friedensbotschaft. Nach wie vor fehlt jede Infrastruktur für die politische, wissenschaftliche und pädagogische Auseinandersetzung mit Frieden, mit militärischer Gewalt oder mit den komplexen Prozessen des geschichtlichen Erinnerns. Allein die Bundeswehr hat die Dresdner Traditionen als bedeutender Militärstandort aufgegriffen und hier mit enormem Aufwand ein Militärhistorisches Museum geschaffen, das zur Auseinandersetzung einlädt.

V.

»Wir wissen, was Krieg wirklich bedeutet – jenseits der Fernsehbilder. Und wir wissen uns eins mit der großen Mehrheit der Menschen der Welt, wenn wir diesen Krieg ablehnen.« Am 13. Februar 2003, dem 58. Jahrestag der Luftangriffe auf Dresden, traten zwanzig Überlebende der Bombardements auf Gernika und Dresden gemeinsam vor die Fernsehkameras, um öffentlich gegen eine bevorstehende militärische Intervention im Irak zu protestieren. In den Jahren zuvor hatten die Dresdner Gruppe »IG 13. Februar 1945« und das Friedensforschungszentrum Gernika Gogoratz intensive Begegnungen zwischen Zeitzeugen der beiden geschichtlichen Ereignisse ermöglicht. Im behutsamen

Erkunden biographischer Berührungspunkte war das Vertrauen für gemeinsames Engagement entstanden.

Seit ihrer Gründung im Jahr 1987 konzentrierte sich die Dresdner IG darauf, Zeitzeugen des Zweiten Weltkrieges für eine intergenerationelle Friedens- und Erinnerungsarbeit zu gewinnen. Ab der zweiten Hälfte der 1990er Jahre baute sie Arbeitsbeziehungen zu Überlebenden von Krieg und terroristischer Gewalt in aller Welt auf – von Hiroshima bis New York, von Lidice bis Wielun. Zum programmatischen Ansatz dieser Arbeit wurde es, die Erfahrungen derjenigen Menschen, die aus eigenem Leid zum Engagement für Frieden gefunden hatten, über nationale und generationelle Grenzen hinaus zugänglich zu machen. Ihre moralische Autorität sollte gegenseitig gestärkt und lokal wie international für eine Kultur des Friedens nutzbar gemacht werden. Im Falle Dresdens erwiesen sich die Wirkmöglichkeiten dieses vernetzten Engagements als vielfältig: Die konjunkturelle Aufmerksamkeit für den geschichtlichen Symbolort eröffnete regelmäßig Möglichkeiten einer intensiven Medienarbeit mit weltweiter Reichweite. Die lokalen Erinnerungs-Rituale und -Diskurse gaben Anlass und Rahmen für öffentliches Auftreten. Sie boten Ansatzpunkte für friedenspädagogische Arbeit, für intergenerationellen Dialog, für politisches Engagement.

Schon seit Jahrtausenden agieren die Protagonisten militärischer Gewalt in internationaler Kooperation. Ihren zivilen Opfern fehlten in der Regel alle Voraussetzungen dafür, sich zu begegnen, sich untereinander auszutauschen oder sich gar gegen Krieg und Gewalt zu verbünden. Neue Möglichkeiten der Kommunikation und Mobilität haben diese Ausgangsbedingungen verändert. Es wird abzuwarten sein, welche Wirkungen ein gemeinsames, internationales Engagement der Überlebenden von Krieg und Gewalt entwickeln kann.

## VI.

»Jeder Stein der neuen Stadt trägt unsichtbar die Lettern: Frieden«. Der Schlussstein mit dieser Inschrift, angebracht an einem Dresdner Wohnblock aus dem Jahr 1960 und heute von den Sonnenschirmen einer der populärsten Kneipen-Meilen der Stadt verdeckt, ist leicht zu übersehen. Das schlichte Dokument weist auf die Komplexitäten und Widersprüche, die für das Weiterwirken der Kriegserfahrungen in Dresden – und ähnlich anderenorts in Deutschland – charakteristisch sind. Tatsächlich hinterließ das Erleben von Leid und Zerstörung eine tiefe Sehnsucht nach Frieden. Auch wird den Erbauern der Gedanke an eine erneute Zerstörung des mühsam Errichteten unerträglich gewesen sein. Gleichwohl deutet das Formelhafte der Inschrift auf die propagandistische Herkunft, schwingt die kontrastierende Realität jener Zeit mit, geprägt durch erneute Aufrüstung, Hass-Agitation und das Beschwören neuerlicher Kriegsgefahr.

So sind die Rückgriffe auf die kollektive Erfahrung des Bombenkrieges in Dresden immer von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen beeinflusst gewesen. Die politischen Instrumentalisierungen stimulierten das Erinnern immer wieder, beeinflussten das Erinnerte und banden es gleichzeitig an vorgegebene Deutungen. Widerstreitende Interpretationen wurden überlagert oder unterdrückt, blieben aber dennoch in sozialen Milieus außerhalb des staatlichen Zugriffs lebendig und führten zu eigenständigen Ritualen im Erinnern. Als der ostdeutsche Staat neuerlich eine Armee aufbaute, sich in ein militärisches Bündnis begab, aufrüstete, militärische Gewaltanwendung seiner Bündnispartner tolerierte oder gar unterstützte, konnten kritische Haltungen, die sich auf das Erleben des Krieges

bezogen, diese Entwicklungen nicht beeinflussen. Erst als das Friedensengagement zum Teil eines umfassenden gesellschaftlichen Protests wurde, trug auch die Auseinandersetzung mit dem Geschichtssymbol Dresden zu den politischen Veränderungen im Herbst 1989 bei.

Mit einer Langzeitwirkung dieser Art werden die eingangs zitierten US-amerikanischen Gutachter des Bombenkriegs kaum gerechnet haben. Wenn jedoch die Dresdner Öffentlichkeit bis heute militärische Gewalt mehrheitlich ablehnt, so ist diese Haltung sicherlich auch in der spezifischen Erinnerungssituation und damit letztlich in der Erfahrung von Krieg und Zerstörung begründet. In jedem Fall wurden im kontroversen Zugriff auf das Geschichtssymbol Fragestellungen aufgeworfen und Ansätze entwickelt, die aufzugreifen für die Friedensbewegung lohnend sein könnte.

Matthias Neutzner, Dipl.-Ingenieur, Historiker und Publizist. Gründer und Leiter der Interessengemeinschaft (IG) 13. Februar 1945 e.V., Dresden.